



# HESSISCHER LANDTAG

30. 08. 2023

WVA

## Antrag

### Fraktion der SPD

#### Die Energiewende in Hessen sozial und gerecht gestalten

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag hebt hervor, dass die Herstellung von Strom aus Wind und Sonne die kostengünstigste Form der der Stromproduktion ist. Strom aus Erneuerbaren Energien hat somit einen preisdämpfenden Effekt auf den Strommarkt.
2. Der Hessische Landtag weist darauf hin, dass ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen dazu beiträgt, dass die Energieversorgung in Deutschland zunehmend unabhängig von Energieimporten und damit für Eingriffe durch andere Staaten oder durch einzelne Unternehmen wird.
3. Der Hessische Landtag unterstreicht, dass der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien und die verstärkte Nutzung von Elektrizität aus Erneuerbaren Energien bei der Wärmeerzeugung und bei der Mobilität die bestehenden Konflikte um fossile und nukleare Energierohstoffe entschärft und damit ein wichtiger Bestandteil aktiver Friedenspolitik ist.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Energiepreissteigerungen in Folge des Überfalls der Russischen Föderation auf das Nachbarland Ukraine durch die gestiegenen Preise der nach Deutschland und Hessen importierten fossilen Energieträger verursacht wurden.
5. Der Hessische Landtag unterstreicht, dass der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien in den deutschen Ländern und die Vermarktung der dezentral gewonnenen Elektrizität durch viele unterschiedliche Erzeuger eine antioligopolistische Marktwirkung haben, was ebenfalls preisdämpfend wirkt.
6. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien in den deutschen Ländern und so auch in Hessen zu einer verbesserten Widerstandsfähigkeit der Energieversorgung gegen Angriffe von außen und gegen Naturkatastrophen führt.
7. Der Hessische Landtag unterstreicht die Tatsache, dass der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen zu einer Sicherung und einem Zugewinn von Arbeitsplätzen in Hessen führt.
8. Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor deutlich zu erhöhen. Der Landtag versteht dies auch als proaktiven Schutz der Bürgerinnen und Bürgern vor weiter steigenden Öl- und Erdgaspreisen. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung dabei das Vorliegen einer kommunalen Wärmeplanung zur Voraussetzung für Maßgaben für bestehende Gebäude machen will. Dies kann einen Schub für kommunale Nah- und Fernwärmenetze bringen und damit den Umbau des Wärmesektors für die Bürgerinnen und Bürger vereinfachen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung, die ja auch Vorgabe eines Landesgesetzes ist, umfassend finanziell, personell und organisatorisch zu unterstützen und hierfür umgehend entsprechende Verordnungen in Kraft zu setzen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend dem Landtag ein Konzept für die Einbindung der Abwärme von Rechenzentren in Nah- und Fernwärmenetze und für den dafür notwendigen regulatorischen Rahmen vorzulegen.

11. Der Hessische Landtag bedauert, dass Hessen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien anderen Bundesländern hinterherhinkt.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ausreichend geeignete Flächen für Windenergieanlagen und Solarparks zur Verfügung zu stellen. Hierfür müssen die Vorgaben des Landesentwicklungsplans so geändert werden, dass die in Hessen vereinbarten, bzw. inzwischen bundesgesetzlich vorgegebenen Ausbauziele auch realistisch erreichbar sind.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Genehmigungsverfahren zum Ausbau Erneuerbarer Energien zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Hessen muss zu den Ländern mit den schnellsten Genehmigungsverfahren werden – nicht nur bei der Genehmigung von Windenergieanlagen.
14. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Vergabep Praxis auf landeseigenen Windvorrangflächen dahingehend zu ändern, dass gegenüber der (derzeitig zu 70 % gewichteten) Einnahmenmaximierung mindestens gleichrangig das Faktum gewichtet wird, dass ein Angebot von einem oder mehreren kommunalen Energieversorgungsunternehmen oder Energiegenossenschaften aus den Umkreisgemeinden vorgelegt wurde.
15. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die kleine Wasserkraft zu fördern und dabei neben dem energiewirtschaftlichen Nutzen auch deren Nutzen für Umwelt- und Landschaftsschutz stärker zu berücksichtigen.
16. Der Hessische Landtag setzt sich ein für ein hessisches Förderprogramm für ökonomisch benachteiligte Bürgerinnen und Bürger, die eine Kleinsolaranlage („Balkonsolaranlage“, „Steckersolaranlage“) betreiben wollen.
17. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Produktion und Nutzung von Erneuerbaren Energien bei Wohnungsbaugesellschaften mit Beteiligung des Landes Hessen deutlich zu erhöhen und damit Mietersolarstrom zu ermöglichen.

Wiesbaden, 30. August 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Günter Rudolph**